

Sehr geehrter Herr Justizminister Wagner,

die Vereinigung ist in zunehmender Sorge um die Entwicklung im Hessischen Strafvollzug.

Immer häufiger klagen Kollegen und Gefangene, aber auch Richter und Staatsanwälte, ja Bedienstete der Vollzugsanstalten selbst über die unselige Strafvollzugspolitik, die die gegenwärtige Landesregierung in die Anstalten getragen hat und die dort zum Teil bereitwillig umgesetzt wird.

In zahlreichen Gerichtsentscheidungen auf die Beschwerden der Gefangenen ist mit nicht zu überbietender Klarheit, ja teilweise deutlicher Verärgerung, darauf bestanden worden, dass die Anstaltsleiter die Rechte der Gefangenen und die ergangenen Gerichtsentscheidungen respektieren.

Die Anstaltsleitungen und Sie, Herr Minister, zeigen sich hiervon jedoch völlig unbeeindruckt.

Das lässt sich den Beschwerdeentscheidungen der Gerichte auch der letzten Zeit und Ihren Verlautbarungen entnehmen.

Sie haben der Frankfurter Sonntagszeitung am 9. Dezember 2001 ein ausführliches Interview gegeben und in der Januarausgabe 2002 der "Zeitschrift für Rechtspolitik" unter dem Titel "Das ‚einheitliche Strafvollzugskonzept‘ in Hessen" unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Landesregierung nicht gewillt ist, zum Strafvollzugskonzept des Strafvollzugsgesetzes von 1976 zurückzukehren.

Nicht zufällig versehen Sie in Ihrem Beitrag für die ZRP das sogenannte einheitliche Strafvollzugskonzept mit Anführungszeichen. Das "einheitliche Strafvollzugskonzept" verdient diesen Namen vor allem deshalb, weil es nur einem Ziel dient: Möglichst viele Gefangene möglichst lange unter Verschluss zu nehmen und damit die Angstpolitik fortzusetzen, die zum Erfolg der hessischen CDU bei den letzten Landtagswahlen entscheidend beigetragen hat. Die Rechte der Straffälliggewordenen und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft bleiben auf der Strecke.

Wir haben die Pflicht, dagegen unsere Stimme zu erheben und Sie aufzufordern, Anweisung an die Anstalten ergehen zu lassen, das Strafvollzugsgesetz wieder im Sinne seiner §§ 2 Satz 1, 3, 4, 10 und 11 anzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Vereinigung Hess. Strafrechtler